

# Drei Tage, um die Welt zu retten

Unser Redakteur Klaus Späne berichtet vom UN-Gipfel in Quito – Wie sieht die Zukunft der Städte aus?

Immer mehr und immer größere Städte, Klimawandel, Migration und knapper Wohnraum: Um solchen Herausforderungen gewachsen zu sein, haben die Teilnehmer des dritten UN-Weltsiedlungsgipfels in Quito eine zukunftsweisende Städteagenda beschlossen. Eine deutsche Teilnehmerin wurde dabei jedoch von einem unerwarteten Gegenwartsproblem in Atem gehalten.

VON KLAUS SPÄNE

**Quito.** Eva Lohse wird der Beginn des UN-Weltsiedlungsgipfels Habitat III in Quito am Montagmorgen wohl auf ewig in Erinnerung bleiben. Eigentlich war die Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen in die ecuadorianische Hauptstadt gereist, um den Deutschen Städtetag als dessen Präsidentin auf einer der vielleicht wegweisendsten internationalen Konferenzen der vergangenen Jahre nach der Pariser Weltklimakonferenz zu vertreten. Dann aber schlug in Zeiten der vernetzten Welt die Nachricht von der verheerenden Explosion bei BASF in Ludwigshafen auch in der fast zehntausend Kilometer entfernten Andenstadt auf. Und der Chefin der rheinland-pfälzischen Kommune dürfte in diesem Moment die Gegenwart ihrer Heimatstadt wesentlich wichtiger gewesen sein.

„Ich bin noch in der Nacht informiert worden“, sagt die 60-Jährige beim deutschen Pavillon, wo sie an einer Präsentation teilgenommen hat. Jetzt sei sie ständig online und werde immer auf dem neuesten Stand gehalten. Insofern hatte der offizielle Start von Habitat III zumindest aus deutscher Sicht einen unerwartet dramatischen Anstrich.

Für die anderen rund 36.000 Teilnehmer des UN-Gipfels in der auf 2800 Meter Höhe gelegenen süd-



Auch Berlins Bürgermeister Michael Müller (links) ist zur Konferenz nach Quito gereist. Foto: Späne

## Annäherung im Inselstreit

**Peking.** Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte will im Streit um das Südchinesische Meer auf China zugehen. „Es ist besser zu reden als Krieg zu führen. Wir wollen über Freundschaft reden und über Geschäfte. Krieg wird uns nicht weiterbringen“, sagte Duterte nach Angaben von Chinas staatlicher Nachrichtenagentur Xinhua anlässlich seines ersten Staatsbesuchs in

amerikanischen Metropole stehen jedoch ganz andere Themen im Mittelpunkt. In erster Linie wollen sich die Delegierten aus aller Welt drei Tage lang darüber Gedanken machen, wie die Städte der Welt den sozialen, ökonomischen, ökologischen und demografischen Herausforderungen begegnen, mit denen sie zu kämpfen haben. Als da wären: Klimawandel, anhaltender Zuzug oder auch die Ansprüche ihrer Bewohner an menschengerechtes Wohnen und Arbeiten, auf effektive öffentliche Verkehrsmittel, sauberes Wasser oder Abfallentsorgung, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Und vor allem wollten die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die sogenannte New Urban Agenda verabschieden.

### Ambitionierte Ziele

Hinter dem ambitioniert klingenden Begriff verbirgt sich ein nicht minder ehrgeiziges Ziel: Das Papier soll ein weltweit gültiger Handlungsrahmen sein, eine politische Richtschnur für Regierungen und Städte, um eine nachhaltige Entwicklung zu steuern. In anderen Worten: Es geht darum, die urbane Zukunft auf dem Planeten umweltfreundlich und sozial gerecht zu gestalten. Ausgangspunkt ist die Überzeugung, dass die Welt immer mehr verstädtert und daher viele Probleme der Globalisierung sich besonders in den Kommunen niederschlagen und dort auch gelöst werden und diese daher auch eine stärkere Position erhalten müssen.

Über zwei Jahre haben die Vorbereitungen der Agenda gedauert. In dieser Zeit haben zunächst globale Experten schlaue Papiere zu den verschiedensten Aspekten der Städteentwicklung entworfen und damit einen Grundstein für die Agenda entwickelt. Parallel dazu gab es weltweit regionale Vorbereitungstreffen, bis dann Anfang Mai dieses Jahres ein erster Textentwurf veröffentlicht wurde. Natürlich war auch Deutschland daran beteiligt. So gab es zum Beispiel Anfang Juni die Berliner Vorbereitungskonferenz für Habitat III, und in Mannheim beschäftigten sich internationale Experten gemeinsam mit Laien auf einem „Urban Thinkers Campus“ mit der Stadt von morgen. Parallel dazu verabschiedete die EU Ende Mai eine europäische



Klima-Aktivisten demonstrieren in Quito gegen die UN-Konferenz Habitat III. Für sie sind die gesteckten Ziele nicht weitreichend genug.

Foto: dpa

Urban Agenda. „Das war ein breiter Beteiligungsprozess und eine intensive Zeit“, bilanziert Tobias Kettner den Werdegang. Der Deutsche fungiert als eine Art Verbindungsmann zwischen UN-Habitat und der EU und hat so die Entstehung der Agenda eng begleitet.

Aber zurück zu Quito, in dem sich dieser Tage alles um Habitat III dreht. Epizentrum ist die Casa de la Cultura Ecuatoriana. In und um die zentral gelegene Kultureinrichtung gibt es Tagungen, Präsentationen und Informationsstände, an denen sich Länder, Regionen, Städte und Unternehmen vorstellen. Hauptakteure auf der Konferenz selbst sind aber neben hohen UN-Funktionären wie Generalsekretär Ban Ki Moon zwischen 200 und 300 Bürgermeister und andere Verantwortliche, die aus Städten und Regionen rund um den Globus angereist sind.

Deutschland etwa ist vertreten durch den Regierenden Berliner Bürgermeister Michael Müller (SPD) sowie seine Kollegen aus Mannheim, Köln, Ludwigshafen

und eben Ludwigshafen. Die Bundesregierung glänzt nach der kurzfristigen Absage von Umweltministerin Barbara Hendricks zumindest auf Ministerienebene durch Abwesenheit – wegen politischer Gespräche in Berlin, hieß es. Das führte zu dem Kuriosum, dass auf einmal Müller zum deutschen Delegationsleiter avancierte und sich engagiert für die Städteagenda stark machte.

„Die New Urban Agenda darf

kein Stück Papier bleiben“, forderte der Chef der deutschen Hauptstadt in Quito und sprach damit zugleich eine Befürchtung von Skeptikern an. Es komme jetzt auf konkrete Umsetzungsschritte an. „Und das ist nicht einfach“, sagt Müller. Das dürfte auch Monika Zimmermann so sehen. „Die Selbstverpflichtung der Staaten hätte man viel deutlicher machen müssen“, kritisiert die stellvertretende Gene-

ralsekretärin der Nichtregierungsorganisation ICLEI, einem weltweiten Städtebündnis für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung mit Hauptsitz in Bonn. Beim Weltklimagipfel von Paris habe sich jedes Land zu Maßnahmen verpflichtet und könne nun daran gemessen werden. Zimmermann: „Diesen Gedanken hätte man bei der New Urban Agenda auch anwenden können.“

### INFO

## Metropolen sind der Schlüssel der Zukunftsfähigkeit

Alle 20 Jahre stehen bei den Mitgliedern der Vereinten Nationen die Städte im Fokus. Dennoch ist Habitat III erst die dritte Siedlungskonferenz in der Geschichte der Weltorganisation. Quito vorausgegangen sind die Konferenzen von Vancouver im Jahr 1976 und von Istanbul im Jahr 1996. Vorbereitet und organisiert werden die Treffen vom UN-Stadtentwicklungsprogramm Habitat. Hintergrund des Spektakels in der ecuadorianischen Hauptstadt ist, dass immer mehr

Menschen in die Stadt gehen. Derzeit leben 54 Prozent der Weltbevölkerung in Städten, in Europa gar 73 Prozent. Bis 2050 werden es weltweit fast 70 Prozent sein.

Besonders schnell wachsen die Städte in Asien und Afrika, meist völlig ungeplant. Das hat gravierende Folgen: Städte sind verantwortlich für derzeit 75 Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes aber auch für 80 Prozent des weltweiten Brutto sozialproduktes. Viele Herausforderungen der Globali-

sierung wie Migration, soziale Ungleichheit oder Wohnungsknappheit schlagen sich besonders in den Städten nieder und können und müssen auch vor Ort gelöst werden. Habitat III will diesen Prozess aufgreifen und eine nachhaltige Stadtentwicklung unterstützen. Dabei gehen Fachleute davon aus, dass eine sorgfältig geplante Urbanisierung Chancen bietet für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und den Klimawandel abmildert. ks

## Syrien und Russland stoppen Luftangriffe auf Aleppo

**Moskau.** Syrien und Russland haben die Luftangriffe auf den von Rebellen gehaltenen Ostteil Aleppos zwei Tage vor der angekündigten Feuerpause eingestellt. Dies gebe Gelegenheit, Korridore vorzubereiten, über die Zivilisten und Aufständische die umkämpfte Stadt verlassen könnten, sagte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu gestern.

Ein Rebellenvertreter lehnte einen Abzug aber kategorisch ab. Seit Wochen bombardieren russische und syrische Kampfflugzeuge Ost-Aleppo, um die dortigen Rebellen zu vertreiben. Hunderte Menschen sind dabei getötet worden. Die Angriffe seien um 10 Uhr (9 Uhr MESZ) gestoppt worden, sagte Schoigu. Auch die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für

Menschenrechte erklärte, nach heftigen Bombardements am frühen Morgen sei es ruhig geworden.

Geplant ist nach Schoigu Angaben die Einrichtung von sechs Routen, über die Zivilisten, Kranke und Verletzte sicher aus dem Kriegsgebiet gebracht werden sollen. Die Extremisten könnten mit ihren Waffen über zwei weitere Korridore ungehindert abziehen.

Dazu würden die syrischen Truppen von der Front etwas zurückverlegt. Die eigentliche Feuerpause soll ab morgen für acht Stunden gelten. Ein Vertreter der Rebellen schloss einen Abzug aus. Dies käme einer Kapitulation gleich, sagte ein Sprecher der Fastakim-Gruppe. Auch ein Befehlshaber der Islamisten-gruppe Ahrar al-Scham kündigte die Fortsetzung des Kampfes an. rtr

# Wutbürger, Vorurteilsverbreiter, Merkel-Mobber

Im literarischen Herbst befasst sich eine Vielzahl an Büchern mit dem Phänomen der Demokratieverdrossenheit und dessen Ursachen

**Lesen bildet – auch politisch. Passend zur Wirklichkeit lassen sich in der aktuellen Saison per Lektüre der rechte Rand ergründen und auch die Strategien seiner Gegner. Zudem kann man lernen, Dumpfbäckigkeit mit Fakten zu schlagen.**

VON CORNELIE BARTHELME

Falls der Jahrgang 2016 des politischen Buchs ein Mega-Thema hat – dann hat der Berliner Politologe und Extre-mismusexperte Hajo Funke die zugleich treffendste und am meisten Leseslust erzeugende Zusammenfassung dafür gefunden. „Von Wutbürgern und Brandstiftern“ hat er sein Buch betitelt, das „AfD – Pegida – Gewaltnetze“ untersucht – und was sie attraktiv macht für immer mehr Menschen.

Funke und sein Mitarbeiter Ralph Gabriel konstatieren: „Die AfD macht mit der Angst Politik.“

Und: „Dabei dient sie in keiner Weise denen, die sie angeblich vertritt.“ Auf knapp 200 Seiten führen die beiden Experten durch die fremdenfeindliche und rechtspopulistische bis rechtsradikale Szene der Republik und erläutern mit konkreten Beispielen, weshalb sie Teilen der AfD und der Dresdner Bewegung „Pegida“ in toto vorhalten, sie würden „von etablierten neonazistischen und terroraffinen Netzwerken gestützt“.

Das Buch, als Analyse konzipiert, wenn auch mit dem klaren Ziel, „ausdrücklich vor der Wahl der rechtsradikalen AfD“ zu warnen, ist ein Kompendium der jüngsten Entwicklungen im rechten politischen Sektor, eine Warnung vor Gleichgültigkeit, ein Aufruf zur Stärkung der Demokratie – und liest sich dennoch über weite Strecken spannend wie eine Reportage. ■ *Hajo Funke: Von Wutbürgern und Brandstiftern. 184 Seiten. Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin, 2016. 16 Euro*

Intelligente Argumente von 14 Demokraten verspricht der Untertitel eines Buches, dessen Hauptzeile sich schon

Tage nach seinem Erscheinen Anfang September überholte. Die Frage „**AFD – Bekämpfen oder Ignorieren?**“ war allerspätestens mit den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin beantwortet. Das Bändchen ist dennoch lesenswert – auch wenn es nach dem Patentrezept sucht, das es nicht gibt.

Die Autoren – Politiker, Journalisten, Spitzenvertreter der muslimischen und jüdischen Gemeinden – sind durchweg für Bekämpfen. Die

Spanne der Konzepte aber ist weit: Entzaubern durch Regierungsbeteiligung empfiehlt Peter Radunski, der einstige Wahlkampfmanager Helmut Kohls. Charlotte Knobloch, ehemalige Vizepräsidentin des Jüdischen Weltkongresses, fordert: „Ehrlich, offen und ernsthaft über den Zustand unserer Demokratie... zu diskutieren... und wer „wir“ in Zukunft sein wollen.“

Ein Fünf-Punkte-Programm skizzieren der Chef der Grünen-Fraktion im Bundestag, Anton Hofreiter, und Gesine Avena, Mitglied im Grünen-Bundesvorstand: „1. Die AfD stellen. 2. Die politische Debatte schützen. 3. Alternativen bieten. 4. Den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft sichern. 5. Mut statt Wut.“ Am Ende hat man tatsächlich viel Richtiges gelesen, auch klar Durchdachtes und sehr Vernünftiges. Und ahnt: Es ist doch zu wenig. Denn es fehlt die Idee, wie die Wutbürger bei ihrem schlechten Gefühl zu packen sind.

■ *Christian Nawrocki, Armin Fuhrer (Hrsg.): AfD – Bekämpfen oder ignorieren? 140 Seiten. KellnerVerlag, Bremen, 2016. 14,90 Euro.*

Zwei, die die AfD erst mit Zange führt und dann geflüchtet sind, sehen die Republik schon als Komplett-Rettungsfall. In Hans-Olaf Henkels und Joachim Starbatts „**Deutschland gehört auf die Couch!** Warum Angela Merkel die Welt rettet und unser Land ruiniert“ kommt die AfD so gut wie gar nicht vor. Dafür erst sehr viel Angela Merkel – und am Schluss ein bisschen Friedrich Merz. Der sollte, am bes-



Hans-Olaf Henkel

ten von ihr „Partei-vorsitz und Kanzlerschaft“ darge-reicht kriegen – und, so darf man die Herren verstehen, Deutschland dürfte von der Couch hüpfen. Schwups – geheilt. Tatsächlich freilich genesen, keine Frage, bei der vorgeschlagenen Kur allenfalls die Konten der Autoren.

Für Merkel-Mobber ist die Therapie-Inszenierung ein Muss – für alle anderen aber vollkommen verzichtbar.

■ *Hans-Olaf Henkel, Joachim Starbatty: Deutschland gehört auf die Couch! 262 Seiten. EuropaVerlag, München, 2016. 19,90 Euro.*

Sehr zu empfehlen indes, obwohl schon aus dem vergangenen Jahr, ist und bleibt, gerade im Kontext AfD und Pegida, Wut und Ressentiment, ein Bändchen aus Österreich, das eigentlich für Jugendliche gedacht ist – aber auch Erwachsene bereichert. „**Gegen Vorur-**

**teile. Wie du dich mit guten Argumenten gegen dumme Behauptungen wehrst**“ ist eine – auch im Layout – grenzenlose Mischung aus Fakten, Erklärungen, Beispielen, klugen Antworten auf wichtige Fragen, ein Lesebuch und Nachschlagewerk in einem. Es ist, zuallererst, zu erfahren, wieso Vorurteile blöde machen. Und dann werden 21 der aktuell gängigsten benannt und auseinander genommen, bis ihr hässliches und falsches oder falsch interpretiertes Inneres sichtbar wird: von „Ausländer kosten uns mehr, als sie bringen“ über „Der Islam ist eine kriegerische Religion“ und „Homosexualität ist eine Krankheit“ bis „Bei den Nazis war nicht alles schlecht“.

Die Journalistin Nina Horacek und der Jurist Sebastian Wiese haben nicht nur Studien und Statistiken aus Österreich ausgewertet, sondern auch über die damals noch nicht wieder bewachte Grenze geschaut – weshalb auch Leserinnen und Leser aus Deutschland bei der Lektüre klüger und klug werden können. Am gescheitesten legt man sich das

Büchlein griffbereit – denn der nächste Vorurteilsverbreiter kommt ganz bestimmt.

■ *Nina Horacek, Sebastian Wiese: Gegen Vorurteile. 192 Seiten. Czernin, Wien 2015. 17,90 Euro.*

## CSU lässt Merckels Einladung zum Parteitag offen

**München.** Die CSU lässt eine Einladung von Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel zum Parteitag in München Anfang November weiterhin offen. „Es ist noch nichts entschieden“, sagte Parteichef Horst Seehofer gestern Abend am Rande einer Landtagssitzung in München. „Wir sind in sehr guten Gesprächen. Wir bereiden die Dinge offen und ehrlich. Und wir werden gemeinsam unsere Mitglieder und die Öffentlichkeit informieren.“

Die „Süddeutsche Zeitung“ hatte zuvor berichtet, der CSU-Konvent werde wohl zum ersten Mal seit Merckels Wahl zur Kanzlerin im Jahr 2005 ohne die Vorsitzende der Schwesterpartei stattfinden. Nach „SZ“-Informationen herrschten am Montag in einer Sitzung des CSU-Strategieamts große Zweifel, dass ein Besuch Merckels in der derzeitigen Phase der Diskussion sinnvoll sei. Seehofer und Merkel seien sich in dieser Frage einig, berichtete die Zeitung. Zentraler Streitpunkt zwischen Seehofer und Merkel ist die CSU-Forderung nach einer Obergrenze für Flüchtlinge, die die Kanzlerin strikt ablehnt. dpa

## Gericht billigt Lager-Räumung in Calais

**Lille.** Ein französisches Gericht hat die geplante Räumung des Flüchtlingslagers von Calais grundsätzlich gebilligt. Damit sei der Widerspruch von mehreren Hilfsorganisationen zurückgewiesen worden, teilte das Verwaltungsgericht in Lille gestern mit. Innenminister Bernard Cazeneuve und Wohnungsministerin Emmanuelle Cosse bekräftigten die Absicht der Regierung, das umstrittene Lager, auch als „Dschungel von Calais“ bekannt, so bald wie möglich zu räumen. Einen Termin dafür gibt es bisher nicht. Die Menschen sollen auf Aufnahmезentren im ganzen Land verteilt werden. In der nordfranzösischen Stadt am Ärmelkanal sammeln sich seit Jahren Migranten, die illegal nach Großbritannien gelangen wollen. Tausende leben in einer Zelt- und Hüttensiedlung. dpa

## IMPRESSUM

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Geschäftsführung: Oliver Rohloff  
Chefredakteur: Joachim Braun  
Chef vom Dienst: Peter Schmitt

**Die verantwortlichen Redakteure:**  
Politik: Dr. Dieter Sattler, Blick in die Welt: Pia Rolfs;  
Rhein-Main & Hessen: Christiane Warnecke; Wirtschaft: Michael Balk; Kultur und Service: Michael Kluger; Sport: Klaus Veit.

**Redaktion und Verlag:**  
Postanschrift: 60268 Frankfurt am Main; Hausadresse: Frankental 71-81, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten. Telefonnummern: (0 69) 75 01-0, Fax: (0 69) 75 01-22. E-Mail: redaktion@fnp.de; Internet: www.fnp.de

**Anzeigen:**  
Michael Hoffelder, Ingo Müller; Anzeigenverkauf: RheinMainMedia GmbH, Postfach 200221, 60606 Frankfurt am Main, Telefonnummern (0 69) 75 01-40 00, Telefax: (0 69) 75 01-41 65. Anzeigenpreise laut RheinMainMedia-Anzeigenpreisliste 21, gültig seit 1. Januar 2016. E-Mail-Adresse: service@rheinmainmedia.de; im Internet unter: http://www.rheinmainmedia.de

**Vertrieb:**  
Monatsbezugspreis: 39,95 Euro (einschließlich Zustellerlohn und 7% MwSt.), E-Paper/App 26,95 Euro (inkl. 19% MwSt.). Zur Auslieferung des Abonnements werden, soweit erforderlich, Abonnentendaten an spezielle Dienstleistungsunternehmen wie die Medienservice GmbH und Co. KG und Zustellpartner weitergegeben. Siehe auch www.fnp.de/abo.

**Druck:**  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 6-8, 64546 Mörfelden-Walldorf, Telefonnummern: (0 61 05) 98 3-0, Telefax: (0 61 05) 98 3-02 03, Internet: www.fs-druckerei.de

**Bankverbindungen:**  
Deutsche Bank, IBAN: DE63 5007 0010 0092 7228 00, BIC: DEUTDEFF; Commerzbank, IBAN: DE34 5008 0000 0200 0075 00, BIC: COMDE333; Frankfurter Sparkasse, IBAN: DE76 5005 0201 0000 3550 54, BIC: HE-LADE33; Frankfurter Volksbank, IBAN: DE20 5019 0000 6200 0139 54, BIC: FFVBDE33; Postbank, IBAN: DE81 5001 0060 0051 1346 01, BIC: PBNKDE33. Der Verlag übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen. Täglich mit „Kultur und Service“.

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

## Liebe Leser,

leider hatte sich der Fehlerteufel eingeschlichen.

Die Veranstaltung „Seniorenresidenzen stellen sich vor“ hatte bereits am Sa., den 15.10. im Frankfurter Hof stattgefunden. Nicht, wie irrtümlich in der Anzeige angekündigt, am 22.10.

Wenn Sie zu dieser Veranstaltung noch Informationen benötigen, wenden sie sich bitte an:  
**Info@edition-neureuter.de**  
oder gehen auf die Webseite:  
**www.premiumwohnenimalter.de**